



In Kürze

- Europa bewegt sich doch – Grund genug, unsere Überlegungen zur Europawahl im Mai auf den neuesten Stand zu bringen.
- Der Aufschub des Brexit könnte so einiges verändern – und nicht nur in die noch vor einigen Monaten angenommene Richtung.
- Nach wie vor zweifeln wir an größeren Überraschungssiegen rechter, euroskeptischer Kräfte.

EU – die bessere Wahl?

Ist die EU-Skepsis auf dem Rückzug? Das könnte die Europawahl spannend machen.

Im März hatten wir unsere erste Einschätzung der Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), die vom 23. bis zum 26. Mai 2019 stattfinden, veröffentlicht. Viele unserer Überlegungen haben auch heute noch Gültigkeit. [[March 2019 Macro Perspectives Europawahl](#)] Insbesondere hatten wir bezweifelt, dass populistische Überraschungen, die sich bislang nicht in Umfragen abzeichnen, das – breit definierte – euroskeptische Lager stärken könnten. Wir hatten ebenfalls darauf hingewiesen, dass es statistisch, historisch und nach den europäischen Wahlgesetzen eine "Europäische Wahl" eigentlich nicht gibt. Das Europäische Parlament wird in den einzelnen Mitgliedsstaaten in 27 weitgehend voneinander unabhängigen nationalen Wahlen gewählt. Auch das trifft nach wie vor zu – und dürfte wohl auf lange Sicht so bleiben. Trotzdem könnte die Europawahl 2019 etwas "europäischer" werden als bisher erwartet. Nach Meinung der Politikwissenschaftler kommt das große Thema der europäischen Integration endlich in Bewegung und hinterlässt in der nationalen Politik Spuren. Dieses Thema ist in den Mitgliedsstaaten alles andere als neu, könnte sich aber stärker auswirken, als noch vor einigen Monaten vermutet. Der Grund ist in einem Wort genannt: Brexit.

1. Der Brexit und seine unmittelbaren Auswirkungen

Der Brexit wird die Europawahl maßgeblich bestimmen – und nicht nur, weil das Vereinigte Königreich 73 Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) stellt. Davon würden nach dem Brexit 27 Mandate auf die 14 EU-Länder verteilt werden, die derzeit unterrepräsentiert sind. Je nachdem, ob der Brexit stattfindet oder nicht, werden dem Europaparlament also entweder 751 oder 705 Mitglieder angehören.¹

Nach den umfragebasierten Hochrechnungen der letzten zwölf Monate zur möglichen Sitzverteilung haben sich nur wenige Ereignisse merklich auf die wahrscheinliche Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ausgewirkt.² Meistens ging es hierbei um die Entscheidung einzelner nationaler Parteien, mit welcher Fraktion sie im Europaparlament zusammenarbeiten wollen.³ So verbesserten sich beispielsweise die Aussichten der zentristischen "Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa" (ALDE) durch die Ankündigung von La République en Marche (LREM) von Emmanuel Macron, sich dieser sozialliberalen, mehrheitlich pro-europäischen und marktfreundlichen Fraktion anzuschließen, deutlich. In den

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

¹<http://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/eu-affairs/20180126STO94114/eu-elections-how-many-meps-will-each-country-get-in-2019>

²Wir verfolgen die täglich aktualisierten Hochrechnungen zur Sitzverteilung im Europaparlament von <https://pollofpolls.eu/EU>. Auch wenn wir nicht mit allen Prognosen für einzelne Länder übereinstimmen, liefert Poll of Polls mit seinen Aggregationsmodellen, bei denen nationale Umfragen auf Mandate hochgerechnet werden, eine ausgezeichnete Ausgangsbasis und ein wertvolles Instrument, um die Umfragetrends in ganz Europa zu verfolgen.

³Ganz bezeichnend für das Europäische Parlament ist, dass der länderübergreifende Zusammenhalt verschiedener politischer Gruppierungen traditionell nicht so stark ist wie in nationalen Parlamenten. Dies trifft vor allem für das äußerste rechte Spektrum zu. Nähere Einzelheiten unter Hix, S., Noury, A.G., Roland, G. (2007) "Democratic Politics in the European Parliament." Cambridge University Press and Kreppel, A. (2002), The European Parliament and the Supranational Party System: A Study of Institutional Development.

letzten Wochen schmiedete der stellvertretende italienische Ministerpräsident Matteo Salvini seine eigene rechtspopulistische Wahlallianz "Europäische Allianz der Völker und Nationen".

Die zwei größten politischen Ereignisse haben jedoch beide mit dem Brexit zu tun. Das erste war die Ankündigung im Juni 2018, wie viele Sitze jedes Mitgliedsland nach dem Brexit erhalten würde. Das zweite war die Ankündigung einige Wochen später auf der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates im April, dass im Einvernehmen mit dem Vereinigten Königreich ein Aufschub für den Brexit bis zum 31. Oktober 2019 vereinbart wurde.

Theoretisch könnten die Parlamentarier in Westminster eine Teilnahme an der Europawahl noch verhindern – wenn sie in den kommenden Wochen das Austrittsabkommen ratifizieren würden. Politisch scheint diese Möglichkeit in weite Ferne gerückt. Unserer Ansicht nach schwindet die Chance auf einen schnellen, weichen Brexit-Kompromiss zwischen der Labour Party und den regierenden Konservativen mehr und mehr – zum Teil aus sich täglich ändernden wahlstrategischen Gesichtspunkten. Bevor sich die Parlamentarier in die Osterpause verabschiedeten, hatten sie Grund genug, das Urteil der Wähler bei der Europawahl am 23. Mai 2019 zu fürchten. [\[4/1/19 CIO Flash Brexit\]](#) Seitdem schlägt sich Labour bei den Umfragen recht wacker. Bislang hat die Anfang 2019 gegründete Brexit Party von Nigel Farage hauptsächlich den Tories und der UK Independence Party (UKIP) Stimmen abgejagt, deren Vorsitz Farage bis 2016 führte.

Die wenigen seit Anfang 2019 durchgeführten Umfragen erscheinen uns wenig aussagekräftig – wir werden aber die lokalen Wahlen in England und in Nordirland am 2. Mai genau verfolgen. Die britischen Wahlprognosen waren in der jüngsten Vergangenheit relativ unzuverlässig. Noch kann nicht gesagt werden, welches britische Prognoseinstitut die verschiedenen Umfrageprobleme am besten lösen konnte. Oder ob eines von ihnen in der Lage sein wird, die wahrscheinliche Wahlbeteiligung der verschiedenen Wählergruppierungen angemessen vorherzusagen. Zwei neue Parteien, die sich zur Wahl stellen – neben der Brexit Party die pro-europäische "Change UK" – erhöhen die Unsicherheit zusätzlich. Auch das für die Europawahl angewandte Verhältniswahlrecht erschwert eine präzise Umrechnung von Wählerstimmen in Abgeordnetenmandate. Die kleineren Parteien, die sich für einen Verbleib in der Europäischen Union stark machen, wie die Liberaldemokraten, Change UK und die Grünen, konnten sich nicht auf eine gemeinsame Liste einigen. Das könnte zwar ihren prozentualen Anteil an den Wählerstimmen erhöhen, aber nicht unbedingt die Zahl der pro-europäischen MdEP. Erste Anzeichen weisen allerdings darauf hin, dass die britische Abordnung insgesamt etwas EU-freundlicher sein könnte als noch vor einigen Monaten erwartet – oder als es die meisten 2014 gewählten Abgeordneten waren.⁴

2. Die Aussichten populistischer, euroskeptischer Kräfte

Eine unserer Kernaussagen im März lautete, dass ein Europäisches Parlament ohne das Vereinigte Königreich rein arithmetisch weniger

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

⁴Siehe zum Vergleich <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/country-results-uk-2014.html>
Alle Artikel finden Sie unter <https://go.dws.com/cio-view-artikel>

euroskeptisch sein dürfte. Die nationale politische Situation in einzelnen EU-Ländern war mitverantwortlich dafür, dass wir damals die Zuversicht vieler Marktbeobachter eines weiteren Aufschubs beim Brexit durch die übrigen 27 Mitgliedsländer nicht uneingeschränkt teilten. Die größte Gefahr eines ungeordneten Austritts Großbritanniens aus der EU ohne Abkommen drohte am Brexit-Tag, der ursprünglich für den 29. März 2019 vorgesehen war. Wir hatten es für möglich gehalten, dass mindestens einem Regierungsoberhaupt, vielleicht aus innenpolitischen Gründen, daran gelegen sein könnte, den Austritt Großbritanniens planmäßig abzuwickeln.

Seitdem hat sich die politische Einstellung zum Brexit gewandelt, nicht nur im Vereinigten Königreich. In Frankreich nehmen die Umfragewerte für Macrons LREM langsam, aber stetig, zu, während Marine Le Pens rechtsextremer Rassemblement National (RN) seit Jahresbeginn stagniert. In weiten Teilen Europas hat sich "Brexit" zum Unwort entwickelt. Eher wird es im Wahlkampf von Pro-Europäern verschiedenster Schattierungen verwendet als von euroskeptischen Populisten, die früher unbedingt den Briten auf dem Weg aus der EU folgen wollten. Im gerade beendeten spanischen Wahlkampf hatte der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez versucht, das Schreckgespenst des Brexit auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens zu übertragen, während er es den liberalen Ciudadanos ("Bürgern") ankredite, mit der rechtspopulistischen Vox ("Stimme") paktieren zu wollen.⁵

Rein wahlstrategisch gesehen ging seine Rechnung auf. [\[April 2019 Macro Perspectives Spaniens Richtungswahl\]](#) Der Erfolg von Pedro Sánchez verbessert auch die Aussichten seiner Partei bei der Europawahl. Dagegen zeigen unserer Meinung nach die katastrophalen Wahlergebnisse für die spanische Rechte allgemein und die christdemokratische Volkspartei Partido Popular (PP) im Besonderen die Gefahren, welche die Annäherungsversuche an rechte Euroskeptiker bergen, zumindest in insgesamt EU-freundlichen Mitgliedsländern wie Spanien.

In der EU als Ganzes gibt es für eine wieder erstarkende Euroskepsis äußerst wenig Anzeichen. Seit September 2018 ist der Anteil der Euroskeptiker im Europaparlament, wenn auch nur leicht, sogar gesunken.⁶ Natürlich schließt nichts davon mögliche Wahlüberraschungen im Endspurt des Wahlkampfs aus. In den Niederlanden verzeichnet das 2015 von Thierry Baudet gegründete "Forum für Demokratie" stetigen Zuwachs, größtenteils auf Kosten der rechtspopulistischen "Partei für die Freiheit" von Geert Wilders. In Finnland hat sich die zunehmend radikalisierte Partei "Die Finnen" von ihrer jüngsten Erfahrung als Koalitionspartner der Mitte-rechts-Regierung, die zur Spaltung der Partei führte, erholt. Bei der Parlamentswahl im April erreichte sie 17,5 Prozent der Stimmen und könnte bei der Europawahl durchaus noch besser abschneiden. Auf europäischer Ebene dürften sich diese Ereignisse jedoch kaum auswirken. Anderen extrem rechten Parteien wie der "Dänischen Volkspartei" in Dänemark und der Alternative für Deutschland schwimmen die Felle eher davon. Dies könnte teilweise auch

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

⁵https://elpais.com/elpais/2019/04/04/inenglish/1554387419_707095.html

⁶<https://pollofpolls.eu/EU/99/how-popular-are-the-euroskeptics>

Alle Artikel finden Sie unter <https://go.dws.com/cio-view-artikel>

darauf zurückzuführen sein, dass diese Parteien anfänglich mit dem Gedanken spielten, sich den Austritt aus der EU auf die Fahnen zu schreiben, und die Wähler schlichtweg den Import des Brexit-Chaos fürchten. Abgesehen von größeren Prognoseabweichungen in Italien könnten die Europawahlen für Rechtspopulisten eher enttäuschend verlaufen. Die Prognoseunsicherheit in Italien kann natürlich in beide Richtungen gehen.

3. Der Riese regt sich – aber nicht wie und wo erwartet

Was heißt das nun konkret für die Wahlen? Wie altgediente Beobachter paneuropäischer Politik genau wissen, sind rechtspopulistische, euroskeptische Kräfte, die weder ihre eigenen Wahlerwartungen, noch die der Medien erfüllen, kein neues Phänomen. Dafür gibt es in den älteren westeuropäischen Mitgliedsstaaten in den letzten 30 Jahren genügend Beispiele. Viele der heutigen rechtsextremen Parteien haben den oben für "Die Finnen" und die niederländische "Partei für die Freiheit" beschriebenen Aufstieg und Niedergang bei Wahlen bereits mehrfach erlebt. Was könnte also dieses Mal anders sein?

Bereits 2004 hatten sich viele Politikwissenschaftler die Frage gestellt, wie und wann die nationale Politik Europa zu einem wichtigen Thema machen würde.⁷ Eine gewisse Feindseligkeit gegenüber Brüssel in Teilen der Wählerschaft einzelner Mitgliedsstaaten hatte sich bereits in einer Reihe knapper Volksabstimmungen zur Kooperation mit der EU oder zur Annahme des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Irland deutlich gezeigt.⁸ Mehrere Beobachter bezeichneten die europäische Integration als schlafenden Riesen, den politische helle Köpfe erst noch wecken müssten. Und da die Unterstützung oder Ablehnung der Europäischen Union nicht entlang der traditionellen Linien von Links und Rechts verläuft, müsste im Endergebnis die nationale Politik neu strukturiert werden.⁹

Das Chaos in Westminster dürfte genau den Erwartungen dieser Autoren entsprechen – auch wenn es erst 15 Jahre später eingetreten ist als gedacht.¹⁰ Interessanter ist die Reaktion, die der Brexit und rechtspopulistische Wellen in anderen Teilen der Wählerschaft im Vereinigten Königreich und vielen anderen Mitgliedsstaaten ausgelöst haben. In den kommenden Wochen werden wir uns weniger darauf konzentrieren, was Rechtsaußen passiert – sondern mehr, wie sich der Rest des politischen Spektrums verändert.

Bereits in mehreren Mitgliedsstaaten bieten (häufig relativ neue) Parteien Wählern die Möglichkeit, ihrem Unmut über den Status quo auf nationaler Ebene Luft zu machen. Europäische Integration ist häufig ein Thema, aber nicht so, wie dies Euroskeptiker im Vereinigten Königreich und anderswo erwartet hätten. In Ländern wie Polen, und etwas weniger ausgeprägt auch in Ungarn, berufen

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

⁷Siehe: Van der Eijk, C. and Franklin, M. (2004) "Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe," in Marks, E. and Steenbergen, M. (eds) European Integration and Political Conflict, Cambridge University Press. S. 33-50. Und zum Beispiel: Vries, C. E. d. (2007). Sleeping Giant: Fact or Fairytale? How European integration affects national elections. European Union Politics, 8(3), S. 363-385.

⁸Van der Eijk, C. and Franklin, M. (2007) "The Sleeping Giant: Potential for Political Mobilization of Disaffection in Europe," in Van der Brug, W. and Van der Eijk, European elections and domestic politics. University of Notre Dame Press. Notre Dame, S. 189-208

⁹Green-Pedersen, C. (2012) "A Giant Fast Asleep? Party Incentives and Politicization of European Integration," Political Studies, 50(1), S. 115-130

¹⁰Sleeping Giant Or Much Ado About Nothing? Examining the role of attitudes towards European integration on National vote choice in Denmark. Vortrag auf der Konferenz "The European construction through the prism of the June 2004 European Parliamentary Elections," Straßburg, November 2004. Online verfügbar: <http://www.afsp.msh-paris.fr/activite/diversafsp/collgsp/pegael04/netjes.pdf>

Alle Artikel finden Sie unter <https://go.dws.com/cio-view-artikel>

sich Oppositionsparteien auf die Europäische Union als Bollwerk gegen ihre eigenen, die Prinzipien einer liberalen Demokratie missachtenden Regierungen. In Rumänien wird mit Hilfe der EU der Kampf gegen die Korruption auf nationaler Ebene geführt. Ständige Auseinandersetzungen mit "Brüssel" über Korruption und rumänische Versuche, die Antikorruptionsgesetzgebung zu lockern, ließen im letzten Jahr die Unterstützung für die regierende sozialdemokratische Partei abbröckeln.¹¹

In der Slowakei gab es eine ähnliche Entwicklung, als die Ermordung des Enthüllungsjournalisten Ján Kuciak eine Welle von Demonstrationen in einer Größenordnung auslöste, wie sie seit dem Untergang des Kommunismus 1989 nicht mehr zu sehen war.¹² Am 30. März 2019 verhalf die Empörung über die Korruption im Lande Zuzana Čaputová, einer slowakischen Juristin, Anwältin in Anti-Korruptionsprozessen und Umweltaktivistin, in der Stichwahl um das Präsidentenamt zu 58 Prozent der Stimmen.¹³

Dass immer mehr Wähler in Rumänien, der Slowakei und in anderen Ländern den Eindruck haben, dass die Dinge (teilweise) "von Brüssel bestimmt" werden, ist nicht unbedingt das Schlechteste, was passieren kann. Wie schlecht "Brüssel" dabei wegkommt, hängt eher davon ab, was die Wähler von den Politikern halten, die ansonsten im Land nach Gutdünken regieren könnten. Damit kommen wir zum Brexit und seinen schwer zu fassenden Auswirkungen auf die Wählerstimmung in ganz Europa zurück. In verschiedenen Ecken des Kontinents sehen wir weiterhin nur sporadische und vage Anzeichen einer breiteren rechtspopulistischen, euroskeptischen Welle bei der Europawahl. Ängste vor einer derartigen Welle nach dem Brexit-Chaos könnten aber Wähler, die die europäische Integration befürworteten, stark motivieren. Diese Ängste können im Zusammenspiel mit einer Ablehnung der nationalen Politik besonders stark werden. Erst recht, wenn man der eigenen Regierung die Bedrohung eben jener liberalen, demokratischen Werte zutraut, für die "Brüssel" bei vielen Wählern steht.

Pedro Sánchez verdankt seinen Sieg in Spanien teilweise Ängsten gegenüber einer potenziellen, von rechtsextremen Parteien unterstützten Mitte-rechts-Regierung. In Estland hat die Bildung einer neuen Koalition mit der rechtspopulistischen Estnischen Konservativen Volkspartei (EKRE) die Umfrageergebnisse für die regierenden Parteien stark geschwächt, die Opposition hingegen gestärkt.¹⁴ So fühlte sich Toomas Hendrik Ilves, der von 2006 bis 2016 Estlands Staatspräsident war, dazu verpflichtet, davor zu warnen, dass Estland ein weiterer osteuropäischer "gescheiterter Staat" werden könne, in dem die Prinzipien der liberalen Demokratie ignoriert würden.¹⁵

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

¹¹Siehe: <https://emerging-europe.com/voices/surprising-resilience-of-romanian-social-democrats/>; <https://emerging-europe.com/news/romania-parliament-adopts-controversial-changes-to-penal-code/>; <https://www.politico.eu/article/protest-piata-victoriei-bucharest-democracy-under-siege-in-romania/>; <https://www.politico.eu/article/romania-picks-fight-with-brussels-over-corruption-monitoring-viorica-dancila-jean-claude-junker/> und <https://pollofpolls.eu/RO> über die Auswirkungen auf Wahlabsichten.

¹²<https://www.politico.eu/article/jan-kuciak-gorilla-slovakia-journalist-dead-darkest-day/>

¹³<https://www.politico.eu/article/political-outsider-wins-slovakias-presidential-election-zuzana-caputova-maros-sefcovic/>

¹⁴Wahlprognosedaten unter <https://pollofpolls.eu/EE> und nähere Hintergrundinformationen unter <https://news.err.ee/927493/toomas-hendrik-ilves-sets-estonian-political-climate-against-biblical-quote>; <https://news.err.ee/926594/kaljulaid-to-riigikogu-we-have-a-crisis-not-of-democracy-but-of-values>; <https://news.err.ee/925805/gallery-sunday-protest-in-defence-of-freedom-attracts-hundreds-in-tallinn>; <https://news.err.ee/926151/hanni-implementing-referendums-may-threaten-stability-of-state-order>

¹⁵<https://news.err.ee/928627/ilves-we-cannot-turn-into-yet-another-failed-eastern-european-state>

Alle Artikel finden Sie unter <https://go.dws.com/cio-view-artikel>

Fazit

Wird es also "populistische" Revolten gegen den "Status quo" geben? Nun ja, wir sehen bereits erste Anzeichen dafür in mehreren Mitgliedstaaten. Aber gegen wen die Wähler protestieren – und gegen welche Teile des Status quo sie sich wenden –, wird sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterscheiden. Und wie die europäische Integration zu solchen "Protest"-Stimmen beiträgt, wird nicht nur von europaweiten Ereignissen, sondern auch von der nationalen Politik geprägt sein.

Brexit wird wahrscheinlich einen langen Schatten werfen, aber nicht ganz so, wie wir es vor ein paar Monaten erwartet hätten. Anstatt eine Welle rechtsgerichteter, euroskeptischer Siege hervor zu bringen, deuten erste Anzeichen darauf hin, dass die europaweiten Ergebnisse der "populistischen" Revolten gegen den "Status quo" recht nuanciert und schwer zu interpretieren sein werden. Korruption zum Beispiel scheint in mehreren Mitgliedsstaaten ein großes Anliegen der Wähler zu sein, vor allem aber auf nationaler Ebene. Das wiederum bedeutet, dass die gleiche Parteifamilie in einem Land Verluste erleiden, in einem anderen aber kompensierende Gewinne erzielen könnte, manchmal aufgrund einer sehr ähnlichen Dynamik auf nationaler Ebene. So könnten Sozialdemokraten beispielsweise in Estland und Spanien unerwartete Zuwächse, in Rumänien und der Slowakei jedoch noch größere Verluste verzeichnen als erwartet. Das liegt zum Teil daran, dass die Europawahlen wieder einmal als Gelegenheit gesehen werden könnten, unpopuläre nationale Regierungen zu bestrafen.

In diesem Wahlzyklus sehen wir jedoch einige interessante und relativ neue Muster entstehen. Es scheint, dass sich breit angelegte pro-europäische Kräfte zu mobilisieren beginnen, und zwar nicht nur in Großbritannien. Vor allem in den neuen Mitgliedstaaten wird die EU immer häufiger als Garant für eine gute Regierungsführung und nicht als Bedrohung für sie angesehen. Natürlich wird es viel länger dauern, bis eine wirklich "europäische" Politik entsteht – falls überhaupt. Insgesamt sollte das Ergebnis einer einzelnen Wahl jedoch nicht überbewertet werden. Ganz zu schweigen vom kombinierten Ergebnis von 28 weitgehend unkorrelierten nationalen Wahlen (mit wahrscheinlich niedriger Wahlbeteiligung), die am selben langen Wochenende stattfinden! Aber man sollte sich auch nichts vormachen: Der europäische Riese bewegt sich endlich und wird es wert sein, beobachtet zu werden, sowohl in den Monaten vor der Abstimmung als auch in den Monaten und Jahren danach.

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

Glossar

Alternative für Deutschland

Nationalkonservative, rechtspopulistische Partei in Deutschland, die 2013 als EU-kritische Partei gegründet wurde

Brexit

Kunstwort bestehend aus "Britain" und "Exit" zur Beschreibung des Ausscheidens Großbritanniens aus der EU

Ciudadanos

Ciudadanos ("Bürger") ist eine liberale, marktfreundliche und proeuropäische Partei in Spanien.

Konservative Partei

Die mitte-rechts angesiedelte konservative Partei Großbritanniens

La République En Marche (LREM)

Französische liberale Partei, gegründet im April 2016 von Emmanuel Macron, der 2017 zum Präsidenten Frankreichs gewählt wurde

Labour Party

genannt "Arbeitspartei"; ist eine der drei größten politischen Parteien im Vereinten Königreich und hat eine Mitte-links-Orientierung

Partido Popular (PP)

Die Partido Popular (PP, "Volkspartei") ist Spaniens bedeutendste Mitte-rechts Partei.

UK Independence Party (UKIP)

Die UK Independence Party (UKIP) ist eine rechte politische Partei im Vereinigten Königreich, die sich seit langem für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union einsetzt.

Vox

Nationalkonservative und rechtspopulistische Partei Spaniens, gegründet im Dezember 2013 von Mitgliedern der Partido Popular (PP). Sie lehnt die Autonomiebestrebungen spanischer Regionen ab.

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)

Wichtige Hinweise

Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um eine Werbemitteilung.

DWS ist der Markenname unter dem die DWS Group GmbH & Co. KGaA und ihre Tochtergesellschaften ihre Geschäfte betreiben. Die jeweils verantwortlichen rechtlichen Einheiten, die Kunden Produkte oder Dienstleistungen der DWS anbieten, werden in den entsprechenden Verträgen, Verkaufsunterlagen oder sonstigen Produktinformationen benannt.

Die in diesem Dokument enthaltenen Angaben stellen keine Anlageberatung dar.

Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung von DWS Investment GmbH wieder, die sich ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung. Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können.

Wertentwicklungen der Vergangenheit, [simuliert oder tatsächlich realisiert], sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen genügen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung solcher Empfehlungen. Die Vervielfältigung, Veröffentlichung sowie die Weitergabe des Inhalts in jedweder Form ist nicht gestattet.

DWS Investment GmbH 2019

Bei Zitaten wird um Quellenangabe gebeten.

Herausgeber: DWS Investment GmbH, Mainzer Landstraße 11-17, 60329 Frankfurt am Main, Deutschland

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen, die sich als nicht zutreffend oder nicht korrekt herausstellen können. DWS hat nicht die Absicht, bei den anstehenden Wahlen für ein bestimmtes Ergebnis zu werben. Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für zukünftige Wertentwicklungen. Quelle: DWS Investment GmbH; Stand: 30.04.2019

CRC 067272 (05/2019)